

KOMMENTAR

Provokante Lage

KOMMUNEN Der Bund muss einen Weg finden, Städten und Gemeinden finanziell beizustehen

Eine Provokation, nannte Münchens OB Christian Ude die Steuerpläne der Bundesregierung, nachdem er die Auswirkungen auf seine Stadt hatte durchrechnen lassen. Mit



VON ROMAN HIENDLMAIER, MZ

dieser Einschätzung liegt der Chef der Landeshauptstadt nahe an der Wahrheit. Sein Problem ist nur, wieviel Glauben ihm geschenkt wird, da landläufig die Meinung sich durchzusetzen beginnt, wir hätten das Schlimmste schon hinter uns. Das mag in weiten Teilen der Wirtschaft stimmen, in den Verwaltungen bekommen die Kämmerer von Städten und Gemeinden die Folgen der Krise jedoch gerade erst richtig zu spüren.

Gut, es wäre blauäugig zu glauben, die Milliarden-Ausgaben zur Rettung maroder Banken und Unternehmen würden schon so schlimm nicht werden, den Rest würde „das Wachstum“ erledigen. Tatsächlich wurde die Staatsverschuldung rasant hochgetrieben – der Löwenanteil der Kürzungen staatlicher Ausgaben den Ländern und Kommunen aufgebürdet.

Die kommunalen Kassenverwalter kannten den Einbruch der Steuereinnahmen zwar schon länger – um rund fünf Milliarden Euro sank allein ihre Haupteinnahmequelle Gewerbesteuer – sie haben es die Bürger aber noch nicht spüren lassen, da Bund, Länder und Kommunen nicht ausgerechnet in der Krise wichtige Leistungen und Impulse kaputt sparen wollten.

Löblich, vor allem die Maßnahme Kurzarbeit, aber über kurz oder lang werden die Mindereinnahmen Folgen haben. Die Finanzierung dessen, was eine politische Kommune ausmacht, wird schwerer: Straßen und Gleise, Schulen und Kindergärten, Museen und Bibliotheken.

Doch es droht weiteres Ungemach. Vor der Tür stehen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Dort interessiert es den Verhandlungschef auf Gewerkschaftsseite wenig, dass sein Kollege von der IG Metall gerade Beschäftigungssicherung vor Lohnfor-

derungen stellt. Klar, in der Metallbranche kämpfen die Mitarbeiter gerade um ihre Jobs statt um höhere Löhne. Doch Ver.di-Chef Frank Bsirske bleibt bei fünf Prozent mehr für Krankenschwes-

tern und Busfahrer. Die Kommunen müssten sich nur mehr Steueranteile vom Bund holen, dann könnten sie ihre Bediensteten auch besser bezahlen, so seine Begründung. Wenn die Geldboten der Kammereien gerade dabei sind, könnten sie in Berlin auch gleich einen Batzen für ihre neuen Kollegen mitnehmen. Und zwar für diejenigen, die den Rechtsanspruch auf Betreuung für unter Dreijährige in die Tat umsetzen. Zwar können vor Ort gerade noch die laufenden Kosten aufgebracht werden, von einem Ausbau der Zwergel-Fürsorge gar nicht zu reden. Nicht umsonst mahnen die Fürsprecher des Gesetzes Länder und Kommunen zum Maßhalten, weil auf sie ab 2013 neue Betriebs- und Personalkosten in Milliardenhöhe zukommen.

Weniger Einnahmen, aber weiter steigende Ausgaben – so kommt die stärkste Kommune ins Schleudern. Dabei lauern auf dem Weg bis zum Krisenende noch weitere Schreckgespenster: Maastricht-Kriterium, Schuldenbremse, die versprochene Steuerreform – um nur einige zu nennen.

Der Bund wird – Föderalismusreform hin oder her – nicht umhin kommen, einen Weg zu finden, den Kommunen finanziell an die Seite zu springen. Ansonsten wird es finster in den Museen und Bibliotheken, rumpelig auf den Straßen und Schienen. Die Kämmerer werden keine andere Alternative haben, als die Leistungen massiv zu kürzen und dafür auch noch mehr zu verlangen. Oder man verfährt wie Udes Regensburger OB-Kollege Hans Schaidinger, der „künftigen Generationen keine Lasten aus unterlassener Instandhaltung“ hinterlässt. Sein Vermächtnis bis Jahresende 2012 sind rund 360 Millionen Euro Schulden – nahezu doppelt so viel wie zu Beginn des Jahrtausends.

WEITERE KOMMENTARE

Steuerhinterziehung: Der Staat muss Steuersünder zur Kasse bitten – das gebietet die Gerechtigkeit. [SEITE 6](#)

Rosenthal: Dem Porzellanhersteller ist zu wünschen, dass die Tischkulturalianz mit Italien funktioniert. [SEITE 11](#)

PRESSESTIMMEN

Märkische Oderzeitung

Die Frankfurter Zeitung zur Rösler: „Rücktrittsdrohungen sind immer eine riskante Sache. Wenn einer, wie Gesundheitsminister Philipp Rösler, kaum mehr als jugendliche Frische in die Waagschale zu werfen hat, gilt das umso mehr. Macht er das nun, um Druck zu erzeugen? Das wäre für seine Person und sein politisches Gewicht ziemlich lächerlich. Oder bereitet da einer schon den Abgang vor, weil mit seinem Anliegen kaum durchkommen dürfte? Möglich. Rösler verkämpft sich, weil die Pauschale eine Lieblingsforderung der Liberalen ist. Aber er verhebt sich auch, weil er konkrete Aussagen noch immer schuldig bleibt. Gesundheitspolitik ist ein schwieriges Geschäft.“

KURIER

Die Bayreuth Zeitung zu Schweiz/Steuern: „Mit seinem Bankkundengeheimnis erkaufte sich das Land zulasten vieler anderer Staaten einen Wettbewerbsvorteil, den diese nicht hinnehmen können. Zu einem gemeinsamen Europa gehört auch, dass Steuerschlupflöcher, die dem nationalen Eigennutz dienen, geschlossen werden. Darüber sollte die Schweiz nachdenken und daraus endlich die Konsequenzen ziehen.“

Frankfurter Rundschau

Die Zeitung zu Kirche/Missbrauch: „Die meisten (Bischöfe) fühlen sich von Feinden der Kirche und den bösen Medien verfolgt und halten verbissen dagegen. Das trübt ihren Blick und hemmt ihre Kräfte im schonungslosen Kampf gegen Kindesmissbrauch. Zugleich schwingt die Angst vor dem Skandal mit, dem Ansehensverlust. Dabei ist das weitaus größere Übel das Vertuschen und Verharmlosen strafrechtlich, moralisch und medial. In der offenen Gesellschaft gibt es für die Kirche keine Reservate und keinen Artenschutz. Das anzuerkennen, hat für Papst und Bischöfe mindestens so viel mit der Ankunft in der Gegenwart zu tun wie eine Debatte über die Zukunft des Zölibats.“

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung zum Merkel: „Merkel hat es nicht so mit dem Basta. Es ist nicht ihr Stil. Gerne wird sie als Moderatorin beschrieben, die Debatten laufen lässt, gerade, wenn sie eingreifen müsste. Konfliktscheu? Dies anzunehmen, wäre naiv. Die CDU-Vorsitzende könnte sich kaum an der Spitze von Regierung und Partei halten, würde sie die ihr von Wählern und Parteimitgliedern gegebene Macht nicht auch einsetzen.“



Karikatur: Mester

Bundeswehr bewegt sich auf rechtlich unsicherem Terrain

VÖLKERRECHT Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist umstritten. Selten wird jedoch dieses juristische Problem diskutiert: Was ist mit den Menschenrechten?

AUSSENANSICHT



PROF. TONIO WALTER

Strafrechtsexperte und Jura-Professor an der Universität Regensburg sowie SPD-Stadtrat in Regensburg (Foto: altfoto.de)

Völkerrechtlich hat der deutsche Einsatz in Afghanistan mit den UN-Resolutionen eine belastbare Basis. Trotzdem ist ungewiss, ob die deutschen Soldaten dort rechtmäßig handeln. Wenn für die Bundeswehr auch im Ausland die Menschenrechtsstandards gelten, denen die deutsche Hoheitsgewalt sonst unterliegt, tun sie es nicht.

Beispiel Festnahmen: Die deutschen Einsatzregeln dazu enthalten keine unverzügliche Vorführung des Festgenommenen vor einen Richter – obwohl das Grundgesetz sie ebenso verlangt wie die Europäische Menschenrechtskonvention und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, kurz Zivilpakt; ein Bürgerrechts-Pakt, der sowohl für Deutschland als auch für Afghanistan verbindlich ist.

Es ist auch unklar, vor welchen Richter man Festgenommene führen sollte. Deutsche Richter können in Afghanistan nicht tätig werden; das wäre

eine unzulässige Anmaßung von Hoheitsgewalt in einem fremden Land, dem wir – offiziell – lediglich helfen. Erst recht können festgenommene Afghanen nicht nach Deutschland geflogen werden, das wäre ein noch tieferer Eingriff in die afghanische Souveränität. Bleibt noch die Möglichkeit, Festgenommene sofort der afghanischen Justiz zu übergeben. Doch davon muss man Abstand nehmen, solange die Gefahr besteht, dass der Festgenommene misshandelt oder gar getötet wird.

Die Bundesregierung hilft sich mit der These, die Bundeswehr sei bei UN-Einsätzen weder an das Grundgesetz gebunden noch an den Zivilpakt. Denn bei UN-Einsätzen übe man keine deutsche Hoheitsgewalt aus, sondern die der UN. Deren Handeln unterliegt nur den gewohnheitsrechtlichen Re-

geln des Völkerrechts, und deren Menschenrechtsstandard ist erstaunlich niedrig; auch die unverzügliche Vorführung Festgenommener vor einen Richter gehört nicht dazu.

Ganz wohl fühlt sich die Bundesregierung aber nicht; wer ist schon gern darauf angewiesen, dass er die Bürgerrechte nicht zu beachten braucht? Daher will sie Grundgesetz und Zivilpakt auch im Ausland beachten, soweit dies das UN-Mandat erlaubt. Für Festnahmen gibt es noch einen Trick: Man nimmt afghanische Polizisten mit und überlässt ihnen den Zugriff.

Die Bundeswehr greift aber auch in andere Menschen- und Bürgerrechte ein: in das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wenn sie schießt; in das Recht auf Eigentum, wenn sie Häuser oder Autos trifft; in die Unverletzlichkeit der Wohnung, wenn sie Häuser durchsucht; in das Fernmeldegeheimnis, wenn sie zur militärischen Aufklärung den Mobilfunk abhört (was sie tut); in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, wenn sie personenbezogene Daten Verdächtiger weitergibt (was sie ebenfalls tut). Eine Lösung kann wohl nur darin bestehen, dass die Vereinten Nationen in ihre Resolutionen schreiben, welche Menschen- und Bürgerrechte im Einsatzland gelten sollen, und wer sie wie einschränken darf.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen



01 „Schläger gefasst“ Das brutale Verbrechen vom zweiten Weihnachtsfeiertag in Königswiesen ist aufgeklärt. Zwei der drei gesuchten Schläger sitzen derzeit in Untersuchungshaft.

02 „Warnung vor Kaffeefahrt“ Die Verbraucherschützerin Eva-Maria Traupe warnt vor einem Ausflug ins Ungeheure mit der Firma K.-Travel.

03 „Ironman in Regensburg“ Das sportliche Großereignis am 1. August ist unter Dach und Fach: Die Veranstalter haben den Vertrag unterzeichnet.

Küchen-Tipp

Salat schmeckt besser, wenn er vor dem Anmachen getrocknet wird, damit das Dressing nicht verwässert. Dazu eignet sich eine Salatschleuder, aber auch Küchenpapier kann verwendet werden.

www.mittelbayerische.de/leben



Video des Tages

Im Innenhof des Neuen Rathauses in Regensburg hat ein neues Bürgerzentrum eröffnet. Wir haben uns in den modern gestalteten Räumen umgeschaut. www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

Die Polizei hat die mutmaßlichen Schläger von Königswiesen gefasst.

Reaktionen der Follower:

Gute Arbeit. Hoffentlich kriegen die ihre gerechte Strafe!

Renate

Sie sollen für ihre Tat in vollem Maße bestraft werden. Wenn nötig, muss das Gericht ein Exempel statuieren.

Sinan

Das deutsche Rechtssystem wird wie immer eine „gerechte Strafe“ finden. Ich schätze, es wird auf Bewährung rauslaufen.

Stephanie

Diskutieren Sie mit uns weiter auf facebook.com/mittelbayerische Begleiten Sie unser tägliches Redaktionsgezwitscher unter twitter.com/mz_de